

22.01.2024

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der SPD

Quo vadis Wohnungsbaupolitik – Wem nützen die Entscheidungen von Wohnungsbauministerin Scharrenbach?

Der Deutsche Mieterbund in Nordrhein-Westfalen hat im Rahmen seiner Pressekonferenz am 19. Januar 2024 grundlegende Kritik an der Wohnungsbaupolitik der Landesregierung geäußert. Wie die Rheinische Post am 20. Januar berichtet, wird insbesondere die schlechte Entwicklung im Bereich der Öffentlichen Wohnraumförderung, die von der Landesregierung geplante Erhöhung der Bewilligungsmieten sowie die Mieterschutzverordnung des Landes massiv kritisiert. Der Mieterbund befürchtet stark steigende Sozialmieten und fordert zusätzliche Mittel, um den Bestand zu halten und zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Durch die Pressekonferenz wurde in der vergangenen Woche erstmalig bekannt, dass die Landesregierung eine Erhöhung der Bewilligungsmieten im Rahmen der Wohnraumförderung plant, was deutliche Mietsteigerung zu Lasten der MieterInnen zur Folge haben wird.

Nach Aussage des Deutschen Mieterbundes sei es zwar richtig, das Fördervolumen der Wohnraumförderung weiter zu erhöhen. Dies ist eine seit langem erhobene Forderung von SPD und Mieterverbänden. Das Förderergebnis von nur 3.993 geförderten Wohneinheiten im Bereich des Mietpreis gebundenen Wohnungsbaus für das Jahr 2022 bleibt aber trotzdem vollkommen unzureichend, um den Bedarf der Menschen nach bezahlbarem Wohnraum zu decken. Weiterhin stelle die geplante Erhöhung der Bewilligungsmieten eine unzumutbare Belastung für die Mieterinnen und Mieter dar.

Zudem wurde kritisiert, dass die derzeit geltende Mieterschutzverordnung (MieterschutzVO) die Mieterinnen und Mieter in weiten Teilen des Landes vom besonderen Mieterschutz auf Basis des Bürgerlichen Gesetzbuches ausschließe. Gefordert wurde die Novellierung der MieterschutzVO, wie sie im Koalitionsvertrag seit langem angekündigt worden ist. In Nordrhein-Westfalen leben rund 55 Prozent der Menschen in Mietwohnungen. Daher ist es von großem Interesse, wie die Landesregierung mit ihrer Wohnungsbaupolitik die gegenwärtige Misere des erheblichen Mangels an bezahlbarem Wohnraum und des starken Mietpreisdruks in weiten Teilen des Landes überwinden will.

Es ist notwendig, dass sich der Landtag vor diesem Hintergrund mit der drängenden Thematik der Wohnungsbaupolitik in Nordrhein-Westfalen in einer aktuellen Stunde befasst, da dies ein Thema von landesweiter Tragweite ist.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Sarah Philipp
Sebastian Watermeier